

Nach der Wahl: Koalitionspoker in der Ukraine

Rainer Lindner / Tobias Meyer

Am 26. März 2006 waren die Wähler in der Ukraine zu Parlamentswahlen aufgerufen. Der Urnengang kann als erste faire und freie Wahl des Landes gelten. Alle konkurrierenden politischen Kräfte hatten im Wahlkampf, der im Übrigen der teuerste seit der Unabhängigkeit war, Zugang zu Massenmedien. Die Wahlen waren somit ein erfolgreicher Demokratietest. Der Machtkampf unter den Parteien setzt sich unterdessen fort. Präsident Juschtschenko ist aus den Wahlen geschwächt hervorgegangen, die Partei der Regionen seines ehemaligen Gegenspielers bei den Präsidentschaftswahlen, Viktor Janukowytsch, wird als stärkste Fraktion im neuen Parlament mit den Ton angeben. Die Wahlgewinnerin jedoch heißt Julija Tymoschenko. Als solche wird sie Juschtschenkos schärfste Konkurrentin um die künftige Präsidentschaft sein. Angesichts der erstarkenden Position Russlands im postsowjetischen Raum wird es für die europäische Außen- und Sicherheitspolitik fortan darum gehen, die Kräfte des demokratischen Wandels in der Ukraine zu stärken, eine angebotsorientierte Nachbarschaftspolitik zu entwickeln und Russland zu einem Partner dieser Politik zu machen.

Den ukrainischen Parlamentswahlen vom 26. März kommt in mehrfacher Hinsicht Bedeutung zu. Durch eine zum 1. Januar 2006 in Kraft getretene Verfassungsänderung wurde die Position des Kiewer Parlaments gegenüber dem Präsidenten gestärkt. Der Premierminister und die meisten Kabinettsmitglieder werden demnach zukünftig durch die Parlamentsmehrheit bestimmt. Zudem wurde die Legislaturperiode auf nunmehr fünf Jahre erweitert. Damit ist die Ukraine das erste postsowjetische Land, in dem ein präsidentielles Regierungssystem zugunsten eines stärker parlamentarischen Systems umgestaltet wurde. Der Premier-

minister kann nun auf eine eigene Macht- und Legitimationsbasis zurückgreifen. Den Parlamentswahlen ging darüber hinaus eine Umgestaltung des ukrainischen Wahlrechts voraus. Das frühere Mischsystem, das die Verteilung der Mandate jeweils zur Hälfte nach dem Mehrheits- und dem Verhältniswahlrecht vorsah, wurde durch ein reines Verhältniswahlrecht ersetzt. Diese Regelung soll zusammen mit der ebenfalls neu fixierten Drei-Prozent-Hürde die Parteien stärken und den Einzug unabhängiger Kandidaten in das Parlament erschweren. Die Einführung eines »imperativen Mandats« schließlich war gegen die bislang

übliche Praxis des Fraktionswechsels und Mandatskaufs gerichtet. Bei der Reform des Wahlrechts wurden Empfehlungen der OSCE/ODIHR, etwa bei der Zusammensetzung der Wahlkommissionen, aufgegriffen, um die Wahlordnung internationalen Standards anzupassen.

Gelungener Demokratietest

Die Wahlen können als ein bedeutender Erfolg bei der Konsolidierung der ukrainischen Demokratie angesehen werden. Zugleich waren sie ein Stimmungstest. Zum ersten Mal nach der orangenen Revolution hatten die ukrainischen Wähler die Gelegenheit, ihr Votum über die bisherige Bilanz von »Orange« bzw. von Präsident Juschtschenko abzugeben. Am 10. April verkündete die Zentrale Wahlkommission kurz vor Ablauf der offiziell vorgesehenen Frist das amtliche Endergebnis für die Parlamentswahlen vom 26. März 2006. Nach den neuen Verfassungsregeln haben die Parteien im Parlament daraufhin 30 Tage Zeit, eine Mehrheitskoalition zu bilden. Danach stehen weitere 30 Tage für die Bildung einer Regierung zur Verfügung. Sollte dies nicht gelingen, kann der Präsident das Parlament auflösen und Neuwahlen anordnen.

Von den 45 angetretenen Parteien und Bündnissen haben nur fünf die Drei-Prozent-Hürde übersprungen. Die »Partei der Regionen« (PRU) des früheren Regierungschefs und unterlegenen Präsidentschaftskandidaten Viktor Janukowytch wurde mit 32,14 Prozent stärkste Kraft. Dieses gute Abschneiden der Opposition hatte sich bei den Vorwahlumfragen bereits abgezeichnet, auch wenn das Ergebnis letztlich am oberen Ende der Prognosen lag. Für eine Überraschung sorgte dagegen das Parteienbündnis der im letzten September von Präsident Juschtschenko abgesetzten Premierministerin Julija Tymoschenko, die mit ihrem »Block Julija Tymoschenko« (BJuT) 22,29 Prozent der Stimmen erhielt. Der präsidentennahe Block »Unsere Ukraine« kam lediglich auf 13,95% der Stimmen und landete damit abgeschlagen auf dem dritten

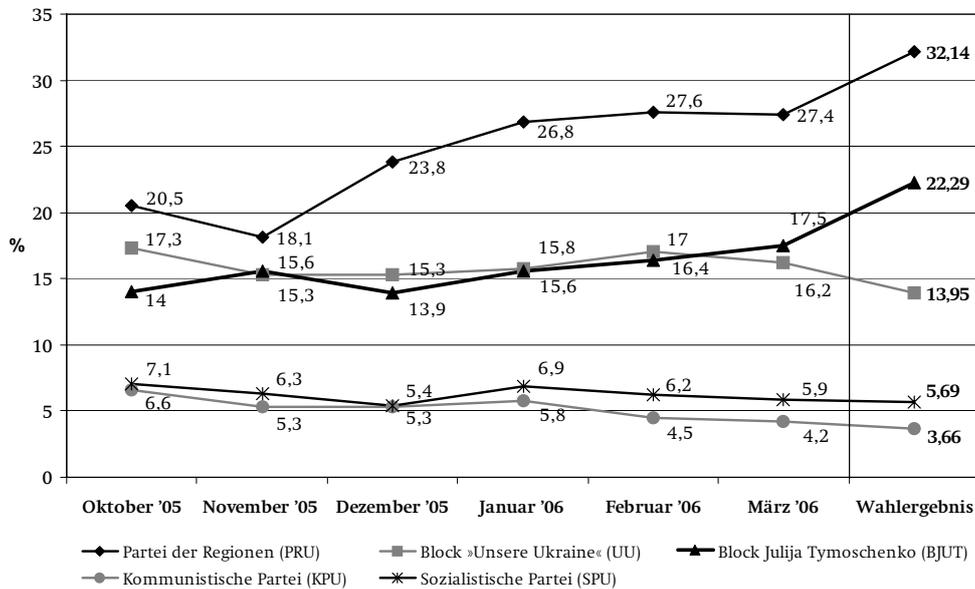
Platz. In den meisten Umfragen vor der Wahl hatte er dagegen noch vor BJuT und im September sogar noch an erster Stelle gelegen. Daneben gelang es lediglich noch den Sozialisten (SPU) unter Oleksandr Moros mit 5,67 Prozent und den Kommunisten (KPU) von Petro Symonenko mit 3,66 Prozent ins Parlament einzuziehen. Der linkspopulistische Block »Nationale Opposition« von Natalija Wytrenko, der »Volksblock« des Parlamentspräsidenten Lytwyn sowie der reformerische Bürgerblock »PORA-PRP« (»Es ist Zeit!« und die Partei »Reform und Ordnung«) mit seinem Spitzenkandidaten Witali Klitschko, denen ebenfalls gewisse Chancen eingeräumt worden waren, schafften den Sprung in die Rada nicht (vgl. Grafik 1, S. 3). Mit dem Scheitern von »Pora« wurde zugleich das Ende der orangenen Revolution deutlich.

Die Partei der Regionen hat im Vergleich zu den Präsidentschaftswahlen von 2004 an Unterstützung eingebüßt. Statt der 44,19 Prozent, die sie damals bei der Wiederholung des zweiten Wahlgangs erreichte, konnte sie jetzt nur noch 32,14 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen. Der Regionen-Partei ist es nicht gelungen, ihre auf den Osten und Süden der Ukraine beschränkte Machtbasis zu erweitern. Sie konnte bei den Parlamentswahlen neben jenen acht Gebieten einschließlich der Stadt Sewastopol und der autonomen Republik Krim, wo ihr Präsidentschaftskandidat Janukowytch bereits 2004 die Mehrheit erhalten hatte, keine weiteren Regionen hinzugewinnen. Dies zeigt, dass die PRU von der Enttäuschung über die Bilanz der orangenen Regierungen kaum profitieren, sondern lediglich auf ihr bisheriges Stimmenreservoir zurückgreifen konnte.

Die Gewinnerin der Wahl ist Julija Tymoschenko. Im Vergleich zur Parlamentswahl von 2002 konnte sie ihr Ergebnis verdreifachen. Ihr Wahlbündnis BJuT ist damit die zweitstärkste Kraft in der neuen Werchowyna Rada geworden und hat vom Block »Unsere Ukraine« auch die Führung innerhalb des orangenen Lagers übernommen. Tymoschenkos Allianz hat bemerkenswerter-

Grafik 1

Durchschnittliches Rating der Wahlblöcke und Parteien in den Monaten September 2005 bis März 2006 im Vergleich zum Wahlergebnis



Quelle: Institut für Unabhängige Strategische Studien, Kiew <http://insi.org.ua/state/PartRating06.htm#_MidlMonthRate>. Wahlergebnis: Zentrale Wahlkommission (www.cvk.gov.ua)

weise die Mehrheit in vierzehn Gebieten im Westen, im Norden und in der Zentralukraine erringen und damit im Vergleich zur PRU und zu UU die meisten Regionen für sich entscheiden können. Das gute Abschneiden ist wohl zum einen auf den Ansehensverlust des Präsidenten und des ihm nahe stehenden Blocks »Unsere Ukraine« bei den Wählern von »Orange« zurückzuführen. BJUT ist es gelungen, sich sozusagen als »innerorangene Opposition« anzubieten und damit jene Wähler für sich zu gewinnen, die von Juschtschenkos Annäherung an PRU enttäuscht waren. Darüber hinaus betrieb Julija Tymoschenko in den letzten beiden Wochen vor der Wahl einen aggressiven Wahlkampf, der sich im Gegensatz zu UU und PRU nicht auf bestimmte Regionen konzentrierte, sondern konsequent landesweit geführt wurde. Aus ihrem guten Abschneiden leitet Tymoschenko nun ihren Anspruch auf das Amt des Premierministers einer orangenen Koalition ab.

Zu den offensichtlichen Wahlverlierern gehört dagegen das präsidentennahe Wahl-

bündnis »Unsere Ukraine«, dessen Ergebnis im Vergleich zu 2002, als es mit 23,6 Prozent noch stärkste Kraft im Parlament wurde, um fast die Hälfte auf 13,95 Prozent einbrach. Noch deutlicher wird der Bedeutungsverlust, wenn die Ergebnisse in den Regionen mit 2002 verglichen werden: Von den 15 Gebieten, in denen »Unsere Ukraine« einst gewann, konnte der Block nur die Regionen Lemberg, Iwano-Frankiwsk und Transkarpatien verteidigen. In den restlichen Gebieten fiel die Mehrheit an BJUT. Insofern ist die Behauptung, dass »Unsere Ukraine« die Wahl wegen der nicht gelungenen Integration der Ost-Ukraine verloren habe, nicht zutreffend. UU hat massiv im Zentrum und im Westen der Ukraine Stimmen eingebüßt. In einem seit Herbst 2005 zu beobachtenden Prozess haben die Wähler Juschtschenko für die Lage im Land, für die Kompromisse mit der Janukowytsh-Partei und die Nichtverfolgung der Wahlfälscher von 2004 abgestraft (vgl. Grafik 1).

Auch die Sozialistische Partei der Ukraine (SPU), die 5,69 Prozent auf sich vereinigt

te, vermochte ihren Stimmenanteil im Vergleich zu den letzten Wahlen (2002: 6,87%) nicht ganz halten. Da sie mit UU in der Regierung verblieben war, konnte sie nicht wie BJuT vom Unmut der orangenen Wählerklientel profitieren. In ihrem Kerngebiet, der Zentral- und Nordukraine, mussten die Sozialisten gegenüber 2002 teilweise empfindliche Stimmenverluste von bis zu über 40 Prozent wie etwa in Poltawa hinnehmen. Sie verfügen nun über 33 Mandate im Vergleich zu 23 Sitzen in der letzten Rada. Sollte es zu einer Neuauflage der »orangenen Koalition« kommen, wäre diese auf jeden Fall auf die SPU angewiesen, um eine Mehrheit in der Rada zu erhalten. Die Kommunistische Partei (KPU) schaffte es mit 3,66 Prozent nur knapp über die Drei-Prozent-Hürde und erlebte damit einen dramatischen Absturz von den 19,98 Prozent, die sie noch im Jahr 2002 gewonnen hatte. Bei den Wahlen von 1998 war sie sogar noch auf 24,7 Prozent gekommen. Die KPU ist vermutlich letztmalig in ein ukrainisches Parlament eingezogen. Auch bei den Koalitionsgesprächen bleibt sie außen vor.

Angesichts der dramatischen Verluste für »Unsere Ukraine« und des Wahlsiegs der Partei der Regionen wurde schnell von einer Wahlschlappe für »Orange« gesprochen. Bei näherer Betrachtung indes lässt sich eine solch allgemeine Bewertung nicht aufrechterhalten. Wie oben bereits ausgeführt wurde, war der Sieg der Regionen-Partei weniger glänzend, als es auf den ersten Blick scheint. Zudem ist der Stimmenanteil des orangenen Lagers relativ konstant geblieben, da die Verluste von »Unsere Ukraine« durch die Gewinne von BJuT ausgeglichen wurden. Eine weitere Zersplitterung von »Orange« wurde zudem durch das schlechte Abschneiden des Bürgerblocks »PORA-PRP« und des »Volksbündnisses« Kostenko-Pljuschtsch verhindert. An der Kräfteverteilung insgesamt hat sich aber wenig geändert. Zusammen kommen BJuT, UU und SPU nun auf 41,88 Prozent der Stimmen (2004: 51,99%), während die Partei der Regionen allein 32,14 Prozent (2004: 44,19%) erreichte. Nach absoluten

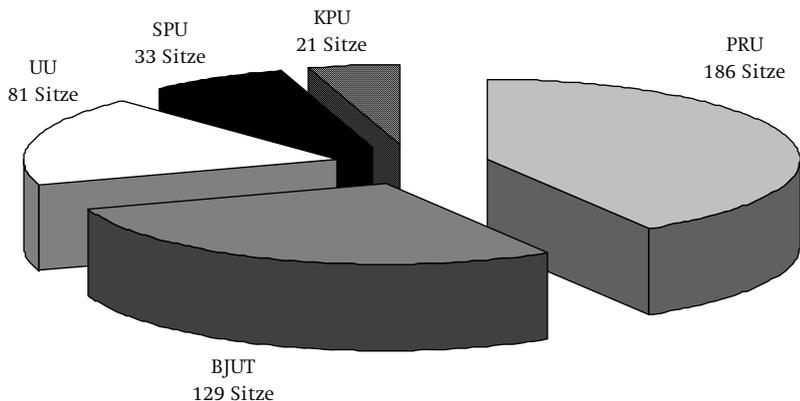
Zahlen kann das orangene Lager also durchaus einen Anspruch auf eine *zweite Chance* geltend machen. Allerdings weiß Juschtschenko, dass seine politische Zukunft ganz vom Erfolg dieser Koalition abhängt. Scheitert »Orange« erneut, wäre der Präsident nicht zu halten. Schon jetzt steht die Mehrheit der Bevölkerung nicht mehr hinter ihm. Die regionale Differenzierung nimmt weiter zu, nachdem die Gebietsräte von Charkiw und Luhansk und der Stadtrat von Sewastopol Anfang Mai Russisch zu einer Regionalsprache machen wollten.

Personen statt Parteien

Alle fünf der in die neue Werchowna Rada gewählten Parteien und Blöcke waren bereits im letzten Parlament vertreten. Die Beteiligung bei diesen Wahlen war mit 67,7 Prozent (2002: 69,4%) relativ hoch. Dennoch ging mit 22,34 Prozent (2002: 24,35%) erneut fast ein Viertel der Stimmen »verloren«, da die entsprechenden Parteien nicht den Sprung über die Drei-Prozent-Hürde schafften. Somit besitzt ein nicht unbeträchtlicher Teil der ukrainischen Wähler in der neuen Rada keine von ihm direkt gewählten Interessenvertreter. Dies wiegt umso schwerer, als es sich bei den Parteien der Rada nach wie vor eher um Interessenklubs handelt, die sich um einzelne Führungsfiguren, nicht jedoch um Werte oder Ideologiebestände gebildet haben. Das Oppositionsbündnis »Unsere Ukraine« entstand 2002 als Folge des Konflikts zwischen den Kutschma-Kräften und der reformorientierten, demokratischen Opposition. Zusammen mit dem Block von Julija Tymoschenko formierte sich 2004 daraus das orangene Lager. Darüber hinaus bieten Parteien bislang nur ansatzweise einen Orientierungsraum für politische Willensbildung. Im bisherigen wie auch im neuen Parlament der Ukraine entscheiden Einzelpersonen, Sonderinteressen und Geld über die Zusammensetzung und die Arbeitsweise der Legislative. Die Fraktionen haben den Charakter von personalisierten Wahl- oder Interessenbündnissen. Dies gilt

Grafik 2

Sitzverteilung in der neuen Werchowna Rada



Quelle: Eigene Berechnung auf Basis der von der Zentralen Wahlkommission (www.cvk.gov.ua) veröffentlichten Ergebnisse.

vor allem für die Wahlblöcke, die sich teilweise aus sehr unterschiedlichen Parteien zusammensetzen. So reicht zum Beispiel das Spektrum des Wahlbündnisses »Unsere Ukraine« mit seinen sechs Partnern vom Kongress der Nationalisten über die Christlich-Demokratische Union bis zur Partei der Unternehmer und Industriellen. Die starke Ausrichtung auf die jeweiligen Führungspersonen wird wie etwa beim »Block Julija Tymoschenko« oder dem »Volksblock Lytwyn« schon an der Namensgebung deutlich. In den Wahllisten der Parteien fanden sich auch viele unabhängige Kandidaten, die zwar unter dem Banner einer Partei antreten, ihr aber selbst gar nicht angehören. Es sind überwiegend private Motive, wie die Durchsetzung eigener wirtschaftlicher Interessen oder die mit dem Mandat verknüpfte Immunität, und weniger die Identifikation mit dem Programm einer Partei, die den Anstoß dazu geben, eine politische Karriere anzustreben.

Dementsprechend werden zahlreiche Oligarchen und Businessvertreter im Parlament ihre wirtschaftlichen Interessen verfolgen und dazu die von ihnen vertretenen Parteien und Gruppierungen finanzieren. Die Partei der Regionen beispielsweise wird im künftigen Parlament von einer ganzen

Reihe von Geschäftsleuten, Direktoren und Administratoren der Schwerindustrie und der angeschlossenen Wirtschafts- und Finanzsektoren repräsentiert. Dabei lässt sich zwischen einer direkten und einer indirekten Interessenvertretung im Parlament unterscheiden. Mit Rinat Achmetow zieht einer der großen Oligarchen mit einem geschätzten Vermögen von 2,4 Milliarden US-Dollar (Forbes) für die von ihm finanzierte Partei der Regionen in die Werchowna Rada ein. Andere Wirtschaftskapitäne wie zum Beispiel die Brüder Olexij und Olexander Jaroslawskij (»UkrSibbank«) oder Viktor Pintschuk (»Interpipe«, Vermögen: ca. 1,3 Mrd. US-Dollar) haben Gefolgsleute in die Rada entsandt. Ihor Koloimoiskij (»Privat«-Gruppe, Nikopolsker Eisenwalzwerk) steht BJuT nahe, während Serhej Taruta (Vorsitzender des Industrieverbands Donbass, Inhaber des polnischen Stahlwerks Huta Czestochowa, Vermögen: ca. 1 Mrd. US-Dollar) sich durch die Unterstützung der Juschtschenko-Partei eine politische Dividende erhoffte. Die zunehmende Oligarchisierung des Parlaments wird eine Stabilisierung der Legislative eher erschweren als fördern.

Die Darstellung der zu erwartenden Sitzverteilung (siehe Grafik 2) im neuen ukrai-

nischen Parlament zeigt die Fragilität jedweder Koalition. Juschtschenkos »Unsere Ukraine« ist zum Juniorpartner degradiert worden, was sich mittelfristig auf die Position des Präsidenten selbst auswirken wird. Julija Tymoschenko wird sowohl innerhalb wie auch außerhalb einer neuen Koalition oder Regierung eine zentrale Rolle in der ukrainischen Politik spielen. Die Partei der Regionen wird im Parlament auch aus der Opposition heraus den Ton angeben und eine mögliche orangene Regierung erheblich unter Druck setzen. Die Ukraine geht somit instabilen politischen Verhältnissen entgegen. Die Reformprojekte werden sich nur schrittweise und überhaupt nur dann umsetzen lassen, wenn im Parlament ein breiter Konsens gefunden wird. Viktor Juschtschenko, der als Präsident diesen Konsens befördern müsste, wird nur noch von wenigen die Kraft dazu zugetraut. Die Leitfigur der orangenen Revolution ist gesundheitlich stark angeschlagen und sitzt mittlerweile zwischen allen Stühlen; seine gefährlichste Gegnerin ist nicht die Partei der Regionen, sondern Julija Tymoschenko, die konsequent an jenem Ziel festhalten wird, das sie erstmals 1999 in einem Interview mit Matthew Brzezinski öffentlich formulierte: »Ich will Präsidentin werden.«

Orange oder blau-orange? Wahlverlierer Juschtschenko entscheidet

Mit der zum 1. Januar in Kraft getretenen Verfassungsreform besitzt das Parlament nun erstmals in der Geschichte der Ukraine das Recht, den Premier zu bestimmen und eine Regierungskoalition zu bilden. In Anbetracht der aktuellen Machtverhältnisse und der konsequenten Weigerung Tymoschenkos, mit der Regionen-Partei koalieren zu wollen, sind derzeit zwei Koalitionsoptionen wahrscheinlich: eine »orangene Koalition« von BJuT, UU und SPU oder eine »blau-orangene Koalition« der Partei der Regionen mit UU. Die »orangene« Variante könnte sich dabei auf eine Mehrheit von 243 Sitzen in der Rada stützen, während

eine »blau-orangene Regierung« mit 315 Mandaten sogar über eine verfassungsändernde Majorität verfügen würde. Eine Schlüsselrolle bei den Koalitionsverhandlungen kommt ausgerechnet dem Wahlverlierer »Unsere Ukraine« und Juschtschenko zu. Denn sowohl die Partei der Regionen als auch der Block Julija Tymoschenko können ohne UU keine Regierungsmehrheit bilden.

Am wahrscheinlichsten ist die »orangene Koalition«, da der »Block Julija Tymoschenko«, das Wahlbündnis »Unsere Ukraine« und die Sozialisten bereits am 10. April in Koalitionsverhandlungen eingetreten sind. Die Gespräche verliefen allerdings keineswegs reibungslos. Hauptstreitpunkt ist der Anspruch Tymoschenkos auf das Amt des Premiers. UU beharrt dagegen auf einer zunächst inhaltlichen Einigung, etwa in der Wirtschaftspolitik, im Gastreit, beim Thema WTO-Beitritt und in der Frage der (Re-)Privatisierungen. Dass es trotzdem zu einer Koalition der drei genannten Kräfte kommt, dafür sprechen sowohl die Wünsche der »orangenen Wähler« als auch die Tatsache, dass auf diese Weise die Ideale des Majdan, des Schauplatzes der Demonstrationen vom Winter 2004, erhalten blieben. Eine Umfrage des Fonds »Demokratische Initiativen« (<http://dif.org.ua>) hat ergeben, dass sich mehr als ein Drittel der Ukrainer (34%) eine »orangene Koalition« wünscht, während nur 6 Prozent eine »große Koalition« von PRU und UU befürworten. Juschtschenko könnte unter der besagten Konstellation zudem seinen Kurs der Westintegration mit der Annäherung an die NATO und die EU leichter aufrechterhalten. Dagegen würde er seine Klientel mit einer Absage an ein oranges Bündnis weiter vor den Kopf stoßen und damit wohl seine letzte Glaubwürdigkeit verlieren. Das bisherige Zögern Juschtschenkos erklärt sich vor allem aus seiner starken Abneigung gegenüber Tymoschenko als neuer Premierministerin und den berechtigten Zweifeln an der Stabilität eines solchen Bündnisses. Die persönlichen Differenzen und Ambitionen Julija Tymoschenkos werden die Regierungsarbeit vermutlich sehr erschweren.

Präsident Juschtschenko hat daher immer wieder auch die Möglichkeit einer »blau-orangen Koalition« ins Gespräch gebracht und dies damit begründet, dass eine solche Konstellation zur Überwindung der Spaltung der Ukraine beitragen würde. Auch von seinem einstigen Erzfeind Janukowytch und seiner Partei der Regionen kamen erwartungsgemäß positive Signale für ein Zusammengehen mit »Unsere Ukraine«. Von Vorteil wäre bei dieser Koalition nicht nur, dass mit der PRU die stärkste Kraft im Parlament in die Regierung eingebunden würde, sondern auch, dass die Mehrheit der Wähler in der Ost- und Südukraine sich bei einer solchen Kombination stärker integriert fühlen würden. Eine Normalisierung des Verhältnisses zum russischen Nachbarn scheint unter dieser Konstellation ebenfalls leichter. Doch die inhaltliche Übereinstimmung von UU und PRU beschränkt sich im Moment auf das gemeinsame Ziel, Tymoschenko als Premier zu verhindern, und auf das Interesse an einer wirtschaftlichen Stabilisierung der Ukraine. Die politischen Differenzen von »Blau-Orange« liegen dagegen klar auf der Hand. Als Vertreter der UU nannte Außenminister Borys Tarasjuk drei Bedingungen für eine Einigung mit der PRU: 1. die Absage an jegliche Föderalisierungspläne, 2. die Aufgabe der Forderung, Russisch als zweite Amtssprache zuzulassen, und 3. die Anerkennung der Westorientierung der Ukraine. Da diese Prämissen zentrale Punkte des Programms der Regionen-Partei betreffen, dürfte eine Einigung hier schwer fallen. Außerdem wäre der Preis dieser Koalition für Juschtschenko und seinen Wahlblock hoch: Neben dem Verlust der Glaubwürdigkeit als demokratischer Reformator und den unvermeidlichen Kompromissen in der Außenpolitik würde eine solche Lösung wohl bedeuten, dass die Konsolidierung der ukrainischen Demokratie erschwert und die begonnene Bekämpfung der Korruption gebremst würden. Zudem bestünde die Gefahr, dass die oligarchischen Elemente, und zwar sowohl bei der Regionen-Partei als auch bei »Unsere Ukrai-

ne«, in diesem Bündnis die Oberhand erlangen könnten.

Schließlich dürfte es den national-demokratischen Kräften innerhalb des Blocks »Unsere Ukraine« einige Überwindung kosten, mit der russlandfreundlichen Partei der Regionen zusammenzuarbeiten, was zu Spannungen innerhalb von UU und sogar zu Abspaltungen führen könnte. Einen Ausweg aus dem Dilemma scheinen Juschtschenko und einige seiner Mitstreiter nun mit dem Vorschlag einer »vielfarbigen Koalition« bzw. einer Art »Koalition der nationalen Einheit« zu suchen, die alle in der Rada vertretenen Kräfte außer den Kommunisten einschließen würde. Auch wenn diese Koalition, die den Charakter eines *Elitenpakt*es haben würde, zumindest in Bezug auf die bisherige Spaltung der Ukraine gewisse positive Implikationen hätte, erscheint ihre Realisierung und vor allem Arbeitsfähigkeit mehr als zweifelhaft. Zu groß sind die inhaltlichen Differenzen und die persönlichen Animositäten der beteiligten Akteure, als dass in einem solchen Rahmen eine sachorientierte Kooperation und Politik möglich wäre. Abgesehen davon hat Julija Tymoschenko dieser Lösung, bei der sie nur verlieren könnte, bereits eine Absage erteilt. Juschtschenko wird sich also letztlich doch für eine der beiden oben genannten Koalitionen entscheiden müssen.

Ausblick: Außenpolitische Konsequenzen

Die Ukraine steht vor anhaltenden politischen Auseinandersetzungen, nicht nur im Innern, sondern auch in seinen Außenbeziehungen. Einerseits konnte die Ukraine im »orangenen Zeitalter« neue Verantwortung als regionaler Akteur übernehmen, was sich bereits an ihren Initiativen zur Regelung des Transnistrien-Konflikts und zur Schaffung der *Community of Democratic Choice* gezeigt hat. Mit der Zuerkennung des Marktwirtschaftsstatus durch die EU und die USA hat das größte Binnenland Europas nun auch bessere Chancen als bisher, als Investitionsstandort weiteres ausländisches

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2006
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364

Interesse auf sich zu ziehen. Noch im laufenden Jahr 2006 wird die Ukraine aller Voraussicht nach der WTO beitreten, bis 2008 strebt das Land die Mitgliedschaft in der NATO an. Mit schnellen Verhandlungen über einen Beitritt zur Europäischen Union ist dagegen nicht zu rechnen.

Andererseits steht die Ukraine seit der orangenen Revolution in einem Dauerkonflikt mit Russland. Die Auseinandersetzungen mit der russischen Gasprom und dem Kreml um die Gaslieferung in und durch die Ukraine sind ein Indiz für die Konfliktrichtigkeit der ukrainisch-russischen Beziehungen. In der Vereinbarung vom 4. Januar 2006 musste die Ukraine Import und Export des Erdgases an die Zwischenhändler RosUkrEnergio und UkrGasEnergio abtreten. Hinter RosUkrEnergio stehen Gasprom und ukrainische Wirtschaftsmanager der Kutschma-Ära. Eine zweite orangene Regierung wird mit einer stärkeren Interessenpolitik Russlands konfrontiert sein; der auf 95 US-Dollar fixierte Gaspreis hat gemäß der Einigung von Januar nur für die erste Jahreshälfte 2006 Bestand. Sollte die Ukraine in die NATO aufgenommen werden, so zeichnet sich weiterer Streit mit Russland ab: Der russische Flottenstützpunkt im Schwarzen Meer und die Entflechtung der militärisch-industriellen Komplexe beider Staaten werden dann zu großen Spannungen führen. Dies alles wird zwar nicht bedeuten, dass die Ukraine vom Weg in die westlichen und transatlantischen Institutionen abweicht, es verlangt jedoch nicht zuletzt vom Westen eine maßvolle Politik, die die Interessen Moskaus nicht ausblendet und sich diesen zugleich nicht unterordnet.

Der Westen muss gerade jetzt an der Seite der Ukraine bleiben und weiter seinen Beitrag zu ihrer Stabilisierung leisten. Die europäische und bilaterale Dimension der Zusammenarbeit muss fortentwickelt werden. Der Aktionsplan vom Februar 2005 bildet weiterhin den gültigen Fahrplan zur Annäherung der Ukraine an die Standards der EU. Die gegenwärtig rückläufigen Investitionen sollten durch eine Verbesserung

der politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen wieder angeregt werden. Die ukrainische politische Elite ist zur Verstärkung ihrer Reformtätigkeit verpflichtet, es bedarf dazu jedoch einer neuen Beratungs-offensive, nicht zuletzt aus Staaten der EU. Die Zusammenarbeit mit dem neuen Parlament sollte gesucht und erweitert werden, auch mit den Repräsentanten wirtschaftsnaher Interessengruppen, die bislang als Gegner der orangenen Bewegung galten. Die Beziehungen zur EU müssen ausgebaut, die zur NATO konsolidiert werden. Der NATO-Beitritt muss jedoch mit hoher politischer Sensibilität konzipiert und darf nicht an die persönliche Lebensplanung des amerikanischen Präsidenten geknüpft werden, der die Ukraine in der transatlantischen Allianz sehen möchte, wenn er Anfang 2009 aus dem Amt scheidet. Aus russischer Sicht wäre der NATO-Beitritt des Nachbarn die fraglos schwerwiegendste außenpolitische Richtungsentscheidung in postsowjetischer Zeit.

Die deutsche Ratspräsidentschaft in der EU bietet eine gute Gelegenheit, um eine angebotsorientierte EU-Politik gegenüber Kiew auszuarbeiten. »Angebotsorientiert« bedeutet in diesem Fall: Förderung von Investitionen auch im Mittelstand, Schaffung von Sonderwirtschaftszonen, Ausweitung der Zusammenarbeit grenznaher Regionen, Entwicklung einer Energiepartnerschaft, Auflage neuer Beratungsformate und -programme und Gewährung der überfälligen Visaerleichterungen für einzelne Berufsgruppen in der Ukraine. Gleichzeitig sollte Deutschland auch seine strategische Partnerschaft mit Russland dazu nutzen, auf eine Beilegung der Konflikte zwischen Moskau und Kiew und insbesondere die Abwendung einer Energiekrise in der Ukraine hinzuwirken. Tatsache ist, dass sowohl Deutschland als auch die EU mit jeder neuen Regierung in Kiew zusammenarbeiten werden, um diese Ziele zu erreichen.